

Antrag

der Abgeordneten Ursula Burchardt, Josef Vosen, Brigitte Adler, Holger Bartsch, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Edelgard Bulmahn, Hans Martin Bury, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien, Lothar Fischer (Homburg), Monika Ganseforth, Dr. Liesel Hartenstein, Lothar Ibrügger, Ilse Janz, Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Dr. Uwe Küster, Klaus Lennartz, Dieter Maaß (Herne), Ulrike Mehl, Siegmar Mosdorf, Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Horst Niggemeier, Dr. Helga Otto, Harald B. Schäfer (Offenburg), Siegfried Scheffler, Ursula Schmidt (Aachen), Dietmar Schütz, Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Forschung und technologische Entwicklung für eine zukunftsverträgliche Abfallwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Eingriffe des Menschen in die Biosphäre waren bis zu Beginn der industriellen Revolution in die natürlichen, die Lebensbedingungen auf der Erde bestimmenden Energieströme und Stoffkreisläufe eingebunden. Durch Menschen verursachte Umweltzerstörungen waren noch regional begrenzt und hielten sich global gesehen in der Größenordnung natürlicher Veränderungen. In zwei Jahrhunderten industrieller Entwicklung wurde aber der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur weitreichend gestört.

Existenzbedrohende Umweltschäden, ein wachsender Müllnotstand und die gleichzeitige Verschwendung natürlicher Ressourcen sind die Folgen der vorherrschenden Form von Produktion, Verteilung und Konsumtion in der Industriegesellschaft: Riesige Rohstoffmengen werden mit hohem Energieeinsatz in vermarktbarere Produkte umgewandelt, die nach ihrem Gebrauch als Abfälle auf größer werdende Müllberge wandern.

Die gegenwärtige Umwelt- und Abfallpolitik hinkt mit administrativen oder technischen Mitteln noch immer den brennendsten Problemen hinterher. Umweltschutzinvestitionen sind überwiegend in prozeßnachgeschaltete Reinigungstechnologien, in end-of-the-pipe Technologien geflossen. Umweltbeeinträchtigungen wurden so z. T. von einem Umweltmedium auf ein anderes verlagert. Allein in den alten Bundesländern fallen jährlich rund 250 Mio. Tonnen Abfall an. Die Abfallmengen in den neuen Ländern

steigen an. Den wachsenden Abfallbergen stehen viel zu knappe Entsorgungsmöglichkeiten gegenüber. Derzeit verfügbarer Deponieraum wird in kurzer Zeit erschöpft sein. Bisherige Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung greifen zu kurz. Bislang entwickelte Entsorgungsverfahren entsprechen weitgehend nicht den ökologischen Erfordernissen und technischen Ansprüchen einer modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft. So ist die Müllverbrennung die einzige über ein Jahrzehnt kontinuierlich entwickelte Abfallbehandlungstechnik.

Um den politischen Zielvorgaben von Vermeidung und Verwertung gerecht zu werden, dürfen Politik und Abfallwirtschaft nicht erst bei der Entsorgung beginnen. Sie müssen an der Quelle der gegenwärtigen Stoffströme ansetzen: Erst die Verringerung der Stoffvielfalt und der Stoffumsätze, eine recyclinggerechte und entsorgungsfreundliche Gestaltung von Produkten, die Substitution umweltgefährdender Produkte und Einsatzstoffe sowie die Veränderung der Produktionsverfahren können weitere Umweltgefahren und die Ressourcenverschwendung verhindern.

Ziel von Ökonomie und Politik muß die Umorientierung der Wirtschaft auf eine Weise sein, die sich an den Prinzipien der natürlichen Kreisläufe orientiert.

Fortwährend anzustreben sind Produkte und Produktionsverfahren, die die Umwelt und natürlichen Ressourcen so wenig wie möglich belasten, die keine schädlichen Emissionen verursachen, nicht mehr Rohstoffe und Energie verbrauchen als sich in angemessener Zeit regenerieren, die keine Abfälle hinterlassen, die nicht natürlich abbaubar oder schädlich sind. Diese Form der Effizienz erhält die natürlichen Lebensgrundlagen, führt zu höherer Lebensqualität und schafft Vorteile im internationalen technologischen Wettbewerb.

Für das Entstehen einer an Kreisläufen orientierten Wirtschaft haben Forschung und technologische Entwicklung grundsätzliche Bedeutung: Sie bieten die erste Eingriffsebene für die Gestaltung der Zukunft. Forschungspolitik muß sich deshalb den ökologischen Ansprüchen zukunftsverträglichen Wirtschaftens stellen. Forschungspolitik wird um so erfolgreicher, wenn sie in eine politische Gesamtstrategie eingebunden und vor allem mit der Wirtschafts- und Umweltpolitik abgestimmt ist.

In ihrem Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie“ und einzelnen Förderkonzepten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hat die Bundesregierung zwar Zielvorgaben für eine integrierte Abfallwirtschaft und anstehende Forschungsaufgaben formuliert. Doch klafft noch immer eine große Lücke zwischen Programm und forschungspolitischer Wirklichkeit:

- Umweltvorsorge wird nicht ausreichend als Querschnittsaufgabe der gesamten Forschungs- und Technologiepolitik begriffen;
- die Schwerpunktsetzung und finanzielle Ausstattung der Forschungsförderung entspricht nicht den abfallwirtschaftlichen und umweltpolitischen Notwendigkeiten;

- grundlegende Erkenntnisse und Methoden für die Entwicklung einer zukunftsverträglichen Abfallwirtschaft stehen nur unzureichend zur Verfügung.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

A. Die Bundesregierung erarbeitet ein Gesamtkonzept, wie die Anforderungen einer zukunftsverträglichen Abfallwirtschaft als Querschnittsaufgabe in die Forschungs- und Technologiepolitik integriert werden kann. An dessen Erarbeitung werden Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände, Wirtschaft und Wissenschaft beteiligt. Das Konzept bezieht die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Großforschungseinrichtungen mit dem Ziel einer sinnvollen und effizienten Aufgabenverteilung ein. Dieses Gesamtkonzept wird dem Deutschen Bundestag zur Beschlußfassung vorgelegt.

B. Eckpunkte des Gesamtkonzeptes sind:

I. Die Verbesserung der wirkungsanalytischen, statistischen und methodischen Grundlagen für eine umwelt- und sozialverträgliche, an natürlichen Kreisläufen orientierten Wirtschaft.

Dies umfaßt u. a.:

1. den Ausbau der stoffökologischen Forschung. Die Kenntnisse über Stoffströme, -kreisläufe, Stoffaustauschprozesse und ihre Wechselwirkungen in industriellen und urbanen Systemen sowie natürlichen Ökosystemen sind unzureichend. Das Wissen über das Gefährdungspotential von Stoffen und ihren Langzeitwirkungen ist jedoch eine sich immer wieder neu stellende Aufgabe für einen vorsorgenden medienübergreifenden Umweltschutz;
2. die Erarbeitung und zielstrebige Verbesserung von Methoden und Instrumenten der Umweltvorsorge. Medienübergreifende Umweltvorsorge ist von der Bereitstellung handhabbarer Instrumente auf der Basis ausgereifter Methoden abhängig. Benötigt werden vor allem Methoden zur Bilanzierung und Bewertung von stoff- und produktpolitischen Strategien (vergleichende Ökobilanzen z. B. bei der Substitution von umweltgefährdenden Stoffen), abfallwirtschaftlichen Maßnahmen und Konzepten;
3. die Initiierung von Forschungsvorhaben, die das Potential an Ressourcenschonung und vermeidbaren Umweltbelastungen durch ökologisch effizientere Produktionsverfahren, recyclinggerechte Produktgestaltung und ökologisch unbedenkliche Einsatzstoffe untersuchen, erfassen und u. a. Schadstoffprioritäten-Listen erarbeiten;
4. die Erarbeitung und den Aufbau eines Daten- und Informationssystems. Es muß Auskunft geben über die

Zusammensetzung von Werkstoffen und ihren Umweltbelastungen, über Ersatzstoffe und Möglichkeiten einer recyclinggerechten Produktgestaltung. Das Informationssystem stellt die jeweils aktuellsten statistischen und wirkungsanalytischen Ergebnisse für Entscheidungen und Planungen in Wirtschaft und Politik bereit.

- II. Der gezielte Ausbau von Forschungskapazitäten zur beschleunigten Entwicklung der technologischen Voraussetzungen für eine an Kreisläufen orientierte Produktion, Verteilung und Konsumtion.

Zur Erhöhung der technologischen Kompetenz sind im einzelnen u. a. notwendig:

1. Umweltverträglichkeit und Recyclingfähigkeit müssen als Ziele von Forschungsprogrammen bereits in der Entwicklungsphase von neuen Werkstoffen berücksichtigt werden. Um zu verhindern, daß mit den Forschungsmitteln von heute die Abfallprobleme von übermorgen entwickelt werden, ist die Integration einer umweltvorsorgenden Begleitforschung in die entsprechenden Forschungsschwerpunkte und -projekte des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sicherzustellen.
2. Die Förderung für das recyclinggerechte und umweltverträgliche Gestalten und Konstruieren von Produkten muß ausgebaut werden. Dabei ist eine unabhängige Begleitforschung (produktbezogene, produkt- und branchenübergreifend) abzusichern. Sie hat jeweils zum Ziel:
 - a) die Entwicklung eines Bewertungssystems zur Beurteilung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit der Produkte;
 - b) den Auf- und Ausbau eines Informationssystems für Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (s. I.4.);
 - c) die Entwicklung von Konzepten für eine umweltgerechte Demontage- und Wiederverwertungswirtschaft, insbesondere zur Freisetzung von wirtschaftsinnovativen Potentialen bei kleineren und mittleren Unternehmen;
 - d) die Entwicklung von praktikablen und umweltverträglichen Logistiksystemen zur Rücknahme, Demontage und Wiederverwertung der gebrauchten Produkte.
3. Vorrangig sind Produktionsverfahren zu fördern, bei denen der Energie- und Rohstoffeinsatz gesenkt, die Entstehung von Emissionen durch prozeßinternes Schließen der Stoffströme minimiert oder vermieden wird (prozeßintegrierter Umweltschutz).
4. Die Entwicklung von Produktionsverfahren ist zu fördern, die zur ökologisch verträglichen Vernetzung der Stoffströme bisher isoliert betrachteter Produktionsprozesse führen (Vermeidung von Abfällen durch Auf-

nahme prozeßintern nicht verwertbarer Stoffe und Produkte).

5. Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Recyclingtechniken sind auszubauen. Sie sind nicht nur auf die heute üblichen, sondern auch auf zukünftige Werkstoffe und Produkte auszurichten. Die Wieder- und Weiterverwendung oder Wieder- und Weiterverwertung von Stoffen und Produkten muß ökologisch sinnvoll und sozial akzeptabel sein. Recyclingverfahren dürfen die vorrangig zu betreibenden Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltbelastungen (u. a. Verringerung der Stoffvielfalt, Reduzierung der Stoffumsätze und des Energieaufwandes) nicht unterlaufen.

III. Die forcierte Entwicklung umweltgerechter und gefahrenminimierender Abfallbehandlungstechniken und Abfallablagerungstechniken.

Weiterhin zu fördern ist die Entwicklung von Abfallbehandlungstechniken, die eine gefahrlose und zukunftsverträgliche Ablagerung nicht wiederverwertbarer Reststoffe auf ober- oder untertägigen Deponien ermöglichen. Vorrangig gefördert werden sollen Alternativverfahren zur Verbrennung wie z. B. biologische und chemisch-physikalische Verfahren.

- C. Das Gesamtkonzept beinhaltet einen Finanzierungsplan, wie der zur Umweltvorsorge erhöhte Bedarf an Forschungsgeldern bereitgestellt werden wird.
- D. In Abstimmung ihrer Forschungs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik entwickelt die Bundesregierung Strategien und Instrumente, die
 1. eine schnelle Umsetzung der Erkenntnisse der ökologischen Forschung in das Handeln der politischen und wirtschaftlichen Akteure ermöglichen;
 2. die großtechnische Anwendung integrierter Produktionsverfahren nach ihrer Entwicklung beschleunigen;
 3. die Produktverantwortung der Produzenten erhöht und die Markteinführung neuer recyclinggerechter Produkte für kleinere und mittlere Unternehmen erleichtern;
 4. die Akzeptanz unter den Konsumenten erhöhen, an den Austauschprozessen einer Kreislaufwirtschaft teilzunehmen.

Bonn, den 16. Juni 1992

Ursula Burchardt
Josef Vosen
Brigitte Adler
Holger Bartsch
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Edelgard Bulmahn
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Marliese Dobberthien
Lothar Fischer (Homburg)
Monika Ganseforth
Dr. Liesel Hartenstein
Lothar Ibrügger
Ilse Janz
Susanne Kastner
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler

Dr. Uwe Küster
Klaus Lennartz
Dieter Maaß (Herne)
Ulrike Mehl
Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Michael Müller (Düsseldorf)
Horst Niggemeier
Dr. Helga Otto
Harald B. Schäfer (Offenburg)
Siegfried Scheffler
Ursula Schmidt (Aachen)
Dietmar Schütz
Bodo Seidenthal
Dr. Peter Struck
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Axel Wernitz
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

